

# Militärischer Überbietungswettbewerb

*Dieser Leserbrief von Karin Schwalm zum zweiten Jahrestag des Beginns des Krieges durch Russland in der Ukraine erschien am 23. Februar in der OP.*

24. Februar 2022: Russland überfällt die Ukraine. Aber dann schon bald Friedensverhandlungen im März 2022 in Istanbul. Sie scheitern. Und dies ist keine Legende, sondern bittere Tatsache.

Präsident Selenskyj hatte sich wenige Tage nach Kriegsbeginn sowohl an den ehemaligen Premier von Israel, Naftali Bennett, gewandt als auch an Altbundeskanzler Gerhard Schröder und um Vermittlung eines Kontaktes zu Putin gebeten. Die Verhandlungen der ukrainischen und russischen Delegation begannen dann tatsächlich unter der Führung von Naftali Bennett. Ein Friedensplan lag damals in greifbarer Nähe, weil Russland bereit war, sich hinter die Linien vor dem 24. Februar 2022 zurückzuziehen, und die Ukraine ihre Neutralität konzedierte (siehe Michael von der Schulenburg, ehemaliger Assistant Secretary-General der UN).

Am 6. Februar 2023 sagt Naftali Bennett in der „Berliner Zeitung“, dass die Verhandlungen am fehlenden Willen von Großbritannien und den USA scheiterten. Dies berichtet die „Ukrainska Pravda“ schon am 5. Mai 2022.

Im Herbst 2023 bestätigt der damalige Unterhändler der Ukraine genau dies in seinen Worten: Die Ukraine hätte sich mit dem Friedensabkommen nicht einverstanden erklären können.

Da wir alle wissen, wie sehr die Ukraine am Tropf westlicher Unterstützung hängt, sei es die Lieferung immer schwererer Waffen oder enormer Geldsummen, konnte dies nicht ohne Absprache mit dem Westen geschehen. Und tatsächlich lässt der Nato-Sondergipfel in Brüssel am 24. März 2022 verlauten, dass er Friedensverhandlungen nicht unterstütze.

Der Krieg hätte im März 2022 schon zu Ende sein können. Stattdessen erleben wir eine ungehemmte Kriegslogik: 100 Milliarden Sondervermögen für Aufrüstung, die die CDU auf 300 Milliarden gesteigert sehen möchte, die Forderung, Taurus-Marschflugkörper zu liefern, die Moskau erreichen können, ja selbst vor der Forderung, den Krieg nach Russland zu tragen, schreckt CDU-Sicherheitsexperte Roderich Kiesewetter nicht zurück.

Es wird über EU-eigene Atomwaffen diskutiert, als ob es die Katastrophe von Hiroshima und Nagasaki nie gegeben hätte.

Es geht Schlag auf Schlag in diesem militaristischen Überbietungswettbewerb. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die halbe Politik auf Kokain ist, denn mit Vernunft hat all dies nicht das Geringste zu tun.

Unsere Regierung muss endlich auf Diplomatie drängen, auf einen Waffenstillstand, auf Verhandlungen. Und zwar in der Ukraine als auch in Gaza. Was denn sonst!